

Bei der Beratung des dritten Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 27. April 1967

Heute sind genau 160 Tage vergangen, seit der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder – wie er in der Öffentlichkeit oft etwas salopp genannt wird – der Rat der fünf Weisen sein Jahresgutachten 1966/67 der damaligen Bundesregierung übergeben hat.

Seit jenem 18. November 1966, an dem das 3. Jahresgutachten hier in Bonn eintraf, hat sich in der deutschen Wirtschaft und ebenso in der deutschen Politik manches geändert, so daß es sich sehr wohl lohnt, die wichtigsten Stationen dieses Weges zu rekapitulieren. Der Rückblick – mag er auch zeitlich nur wenige Monate umfassen – hat ja in öffentlichen Reden nicht nur eine Tradition, sondern auch einen sehr realen Sinn:

die Gegenwart zu sehen und zu verstehen als eine Stufe in dem Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung.

Als die Sachverständigen Mitte November 1966 ihr Gutachten abschlossen, befand sich die Wirtschaft der Bundesrepublik nach den Worten des Gutachtens „in der Abschwungphase des 4. Wachstums-

zyklus in der Nachkriegszeit". Die Sachverständigen deuteten dabei bereits „die Gefahr einer Rezession“ an für den Fall, daß „die Tendenz zum Rückgang der Nachfrage längere Zeit anhalten oder sich gar verstärken“ würde.

Ausgehend von der Analyse der damaligen Konjunkturlage und den damals vorliegenden statistischen Daten glaubte der Sachverständigenrat jedoch, daß eine solche Entwicklung noch verhindert werden könnte. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die Problematik jeder Voraussage – und insbesondere einer Voraussage bei einer derart labilen politischen und wirtschaftlichen Ausgangslage – legte er für das Jahr 1967 zwar eine Prognose vor; er ergänzte sie jedoch durch drei Alternativprojektionen mit jeweils anderen Werten für das 2. Halbjahr 1967.

In der Projektion I mit der Annahme einer „Stabilisierungspolitik um jeden Preis“ ergab sich ein Absinken der Wachstumsrate des realen Sozialprodukts auf 3% und eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Die Projektion II, die von einer Politik der unkontrollierten Expansion ausging, sah dagegen eine reale Wachstumsrate von 4,5% vor, dafür aber auch eine Preissteigerung von rund 3%.

Die Projektion III schließlich, deren Grundlage eine Politik der „kontrollierten Expansion“ war, enthielt eine reale Wachstumsrate von 4% bei einem weitgehend ausgeglichenen Arbeitsmarkt und einer deutlich sinkenden Preisentwicklung.

Wie Sie wissen, hat sich die Bundesregierung grundsätzlich für diese dritte Alternative entschieden: Eine Politik, die zu einem Aufschwung ohne spätere Überhitzungserscheinungen, also zu einem „Aufschwung nach Maß“ führen soll.

Da inzwischen neue statistische Daten vorlagen, konnte die Bundesregierung die Konjunkturlage und ihre Entwicklung jedoch von Anfang an realistischer einschätzen als der Sachverständigenrat. In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hat sie mit Nachdruck auf die drohende Gefahr eines gesamtwirtschaftlichen Rückschlages und den Ernst der Wirtschaftslage hingewiesen. Sie sah sich verpflichtet, ehrlicherweise auf die vor uns liegende „Talsole“ ausdrücklich hinzuweisen. Sie hat dabei deutlich herausgestellt, daß eine expansive und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik das Gebot der Stunde sei.

Wie notwendig und wie richtig diese Einschätzung und diese damals angekündigte Politik der konjunkturpolitischen Gegensteuerung war und ist, hat sich in der Zwischenzeit auch dem letzten Zweifler und Skeptiker deutlich gezeigt. Wenn damals, in den Wochen nach der Regierungserklärung, einige lauthals davon faselten, man beginne eine Politik der Inflation, so sind diese inzwischen eines besseren belehrt worden. Alles das, was jene damals von sich gegeben haben, haben sie inzwischen stillschweigend wieder aufgegessen. Das ist für die Betroffenen sichtlich nicht angenehm. Aber mit demselben Freimut kann ich andererseits für die Bundesregierung sagen: es ist auch nicht immer angenehm, recht gehabt zu haben.

Nun auf jeden Fall ist es nicht verwunderlich, daß die Notwendigkeit einer expansiven Politik bald von niemandem mehr ernsthaft bestritten werden konnte, und es blieb auch nicht lange bei der bloßen Ankündigung dieser Regierungspolitik.

Schon am 19. Januar 1967 haben wir einen wesentlichen Teil der angekündigten Maßnahmen in die Tat umgesetzt. Zusammen mit den Beschlüssen zum Haushaltsausgleich 1967 hat die Bundesregierung damals die Vorlage des Eventualhaushalts mit zusätzlichen Investitionsausgaben von 2,5 Mrd. DM und die auf 9 Monate befristeten Sonderabschreibungen beschlossen.

Nachdem bereits die alte Bundesregierung am 18. November 1966 einen ersten Vorstoß bei der Bundesbank unternommen hatte und die Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 eine entscheidende Lockerung der Kreditrestriktionen sachlich für geboten hielt, gab auch die Bundesbank ihr anfängliches Zögern auf. Mit der ersten Diskontsenkung von einem halben Prozent tat sie am 5. Januar 1967 den ersten Schritt in die richtige Richtung. Weitere sind erfreulicherweise gefolgt. Wir danken für diese Kooperation und werden alles tun, um sie in Zukunft stetig und unbeirrt von allen Reden, die einen Konflikt suchen möchten, fortzusetzen. Wir sind auch dankbar für die heutige Entscheidung des Zentralbankrats zur 5%-Senkung der Mindestreserven und damit zur Freigabe von weiteren 850 Mio. DM Liquidität. Trotzdem sei mit Pietät und Takt auch ein mahnendes Wort gestattet: Mit dem anfänglichen Zögern vom 18. November 1966 bis 5. Januar und der dann beginnenden Politik der halbprozentigen Trippelschritte hat unser Frankfurter Areopag leider einen Beitrag zum Attentismus in der Wirtschaft geleistet: Das sind auch wieder genau

160 Tage, also über 5 Monate geldpolitischen Wartens der Wirtschaft auf jeweils weitere Erleichterungen der Kreditbedingungen.

So haben viele geldpolitische, staatliche und andere Faktoren dazu geführt, daß die konjunkturelle Talfahrt weiterging. Der Prozeß der konjunkturellen Abschwächung war schon zu weit fortgeschritten, als daß er noch kurzfristig abgebremst werden konnte. In realistischer Einschätzung der Lage hat die Bundesregierung deshalb bereits in ihrer schriftlichen Stellungnahme zum Jahresgutachten 1966/67 vom 19. Januar darauf hingewiesen, daß sich die Wirtschaftstätigkeit voraussichtlich im ersten Halbjahr erheblich stärker abschwächen werde, als der Sachverständigenrat es noch Mitte November 1966 vermutete: In der Zielprojektion des Bundeswirtschaftsministeriums, die am 2. März zusammen mit dem Communiqué über den erfolgreichen Abschluß der ersten Phase der Konzentrierten Aktion veröffentlicht wurde, haben wir dieser veränderten Situation Rechnung getragen. Die Wachstumsrate von real 4% in der Projektion III des Sachverständigenrates wurde von uns revidiert auf real 2%. Wir haben also frühzeitig nach unten korrigiert. Von Wachstumsfanatismus kann da wohl – wenn man die Wahrheit sagen will – keine Rede sein. Dabei haben wir niemals verschwiegen, daß es sich um ein anzustrebendes Ziel handelt. Zielprojektionen sind für uns wichtige Orientierungsgrößen, aber wir machen uns nicht zum Gefangenen dieser Zahlen und jagen ihnen nicht unter Aufgabe des Gleichgewichts nach.

Etwa 3 Wochen nach der Veröffentlichung unserer Zielprojektion – Mitte März – hat auch der Sachverständigenrat selbst seine Vorausschätzungen vom Herbst 1966 revidiert. Er hat sowohl aus eigener Initiative als auch auf meine Bitte hin von der gesetzlichen Möglichkeit, sich in einem Sondergutachten zu Wort zu melden, Gebrauch gemacht. Dieses Sondergutachten, das deutlich erkennbar diktiert ist von der Sorge um die Beschäftigungslage, die beträchtlichen Wachstumsverluste und die zunehmende Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes, hat die kritische Lage unserer Wirtschaft im ersten Quartal 1967 und die möglichen Fehlentwicklungen schonungslos aufgedeckt.

Anders als das Herbstgutachten, das für das 1. Halbjahr 1967 noch mit einem realen Wachstum von 2% rechnete, erwartet das Sondergutachten für den gleichen Zeitraum einen Rückgang des realen Brutto- sozialprodukts von 1–2% unter Vorjahresniveau.

Mit einer Diagnose und Prognose muß man in der gegenwärtigen Situation sicher besonders vorsichtig sein, das hat die jüngste Entwicklung deutlich gezeigt. Wir können und wollen uns deswegen auch nicht an jeder neugenannten Einzelzahl im einzelnen binden, aber bei realistischer Betrachtung – und nur die kann sich eine verantwortungsbewußte Politik leisten – bleibt nichts anderes übrig, als die Diagnose des Sachverständigenrates zur Kenntnis zu nehmen. Hier hilft kein Verniedlichen und kein Wunschdenken, in dieser Situation kann uns nur eine vorurteilsfreie Analyse helfen.

Bei dem großen Hallo, das in der deutschen Öffentlichkeit von einigen über das Sondergutachten angestimmt wurde, möchte ich doch auf folgendes hinweisen:

(1) Zugestimmt sowohl der Analyse wie den Schlußfolgerungen des Sondergutachtens hat der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Und (2) zugestimmt hat der Konjunkturanalyse der Bundesverband der Deutschen Industrie in seiner Stellungnahme vom 18. April, ohne allerdings dieselben Schlußfolgerungen zu ziehen, und schließlich

(3) ist die Analyse des Sachverständigenrates durch die Gemeinschaftsdiagnose der wissenschaftlichen Institute in den letzten Tagen nahezu vollständig bestätigt worden.

Aber vielleicht haben die Vorschläge des Sachverständigenrates für weitere wirtschaftspolitische Aktionen der Konjunkturanregung manchen „Gutgläubigen“ erschreckt. Aber das darf kein Grund sein, die Augen vor der harten Wirklichkeit zu verschließen. Das Echo auf dieses Sondergutachten hat leider manche voreilige Reaktion hervorgebracht, wobei die Vorschläge des Sachverständigenrates oft sehr einseitig und ohne Hinweis auf die genannten Bedingungen der vorherigen Lohn- und preispolitischen Absicherung dargestellt worden sind. Gerade an diesem Echo hat sich gezeigt, daß einige noch manches im Umgang mit einer Royal Commission zu lernen haben. Gewiß, es ist nicht Aufgabe des Sachverständigenrates, Politik zu machen – und das hat er auch keineswegs getan –. Seine Aufgabe ist es vielmehr, seine Sachmeinung unverhohlen und ohne alle taktischen Überlegungen unumwunden auszusprechen. Und genau das haben die Sachverständigen in diesem Gutachten mit allem Freimut und mit großem Sachverstand getan, ohne damit natürlich in allen Einzelheiten unfehlbar zu sein. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft müssen

aber auch ihrerseits den Mut aufbringen, solche freimütigen und klaren Aussagen ohne Allergie zur Kenntnis zu nehmen.

Danach liegt die Entscheidung bei der Politik, und der kann man nicht ausweichen durch ein Schimpfen auf die vom ökonomischen Sachzwang bestimmte Analyse der Sachverständigen. Ich habe den Eindruck, daß die Verdammungsurteile der letzten Wochen vielfach nur Ausdruck der „Nervosität auf der Talsohle“ und bei manchen auch Ausdruck des schlechten Gewissens sind. In einer kritischen Phase helfen aber nicht hektische Reaktionen, da helfen nur ein kühles Blut und ein zielbewußtes Handeln. Das ist die Devise der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

Im Unterschied zu aufgeregten anderen Auslassungen hat der Bundeswirtschaftsminister sich deswegen jeglicher Äußerungen zu dem Sondergutachten enthalten, bis das Bundeskabinett am 12. April sich mit der aktuellen Konjunkturlage und den konjunkturpolitischen Konsequenzen befaßt und seine Entschlüsse gefaßt hatte. Es war nicht förderlich, daß die autonome Frankfurter Stelle mit hoher öffentlicher Verantwortung schon ihr „Nein“ sagte, bevor die Bundesregierung zu dem Sondergutachten Stellung genommen hatte. Die Bundesregierung hat daher am 6. April kühl festgestellt, es sei allein Sache der Bundesregierung, einen möglichen zweiten Eventualhaushalt beim Parlament zu beantragen.

In der Sitzung vom 12. April mußten wir feststellen, daß die bisherigen Maßnahmen der Gegensteuerung noch keine konjunkturelle Wende erreicht haben. Der kontraktive Prozeß war zum Jahreswechsel schon zu weit fortgeschritten und bei der Realisierung des Eventualhaushalts mußten zu viele Hürden genommen werden. (Stand der Vergaben aus dem Sofortprogramm am 31. 3.: 306,9 Mio. DM. Heutige Mitteilung: 742 Mio. DM Aufträge vergeben.) Die Stimmungskurve der Unternehmererwartungen hat sich zwar leicht verbessert, die bis jetzt bekannten Daten über die effektive Entwicklung im Februar und März lassen aber noch kein Ende der konjunkturellen Talfahrt erkennen. So hat die Nachfrageschwäche auch im März wieder Produktionseinschränkungen erzwungen. Die industrielle Erzeugung, die sich im Februar fast etwas zu stabilisieren schien, ging im März konjunkturell zurück und lag um 7 1/2% unter dem Vorjahrsniveau. Das Zentrum der Konjunkturschwäche liegt nach wie vor bei den Investitionen. Der Produktionsindex in der Investitionsgüterindu-

strie lag im März mit 14,1% unter Vorjahresstand. Dabei haben die Investitionsaufträge der öffentlichen Hand bisher nicht nur kein Gegengewicht gebildet, sondern sie haben die Abwärtsentwicklung der Auftragseingänge bei der Investitionsgüterindustrie und auch der Bauwirtschaft durch die bekannten Ressortsperrungen noch verschärft. Da auch die inländischen Ordereingänge bei der Verbrauchsgüterindustrie mit minus 8,6% im Januar und minus 10,0% im Februar eine erheblich gehemmte Konsumententwicklung zeigen, konnte auch die insgesamt noch immer lebhaftere Auslandsnachfrage in den letzten Monaten ein erneutes Schrumpfen der Auftragsbestände nicht verhindern. Dabei müssen wir – nicht ohne eigene Besorgnis und die Sorge unserer außenwirtschaftlichen Partner – feststellen, daß der Exportüberschuß für das internationale Zahlungsbilanzgleichgewicht schon ein recht problematisches Ausmaß erreicht hat. Meine Mitarbeiter nennen diese Entwicklung das „Einfuhr-Defizit“. Wenn diese Entwicklung unverändert anhält, steht die Bundesrepublik in der Gefahr, erneut zum Störenfried für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gestempelt zu werden.

Diese Abschwächung der Gesamtnachfrage hat in der Industrie und in der Bauwirtschaft weitere Produktionseinschränkungen erzwungen. Die gefährliche Spirale dieser Entwicklung liegt auf der Hand: Geringere Kapazitätsauslastung mit einem Anstieg der Stückkosten und einem Druck auf die Gewinne infolge tendenziell rückläufiger Erzeugerpreise dämpft die Investitionsneigung etc. Die Folgen für das Wachstum und den Arbeitsmarkt bei einer solchen Entwicklung sind klar.

Angeichts dieser Situation hat die Bundesregierung am 12. April folgendes beschlossen:

1. Der Eventualhaushalt muß in vollem Umfang und mit höchster Dringlichkeit verwirklicht werden. Alle hierzu erforderlichen administrativen, parlamentarischen und kreditpolitischen Beschlüsse sollten sofort vollzogen werden. In Konsequenz davon hat das Wirtschaftskabinett am 24. 4. harte Beschlüsse gefaßt:

(1) Letzter Vergabetermin für normale Investitionsaufträge aus dem Eventualhaushalt: 31. Mai, für Hochbauten 15. Juni. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen ist Terminüberschreitung möglich, ansonsten soll „mit dem Fallbeil“ gearbeitet werden; d. h. die Mittel werden dann sofort, gegebenenfalls durch neue Aufträge beim Haushalts-

ausschuß, neuen Sachverwendungen zugeführt.

(2) Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Änderung und Erleichterung der Vergaberichtlinien: Termin 31. Mai!

2. Hat die Bundesregierung am 12. 4. beschlossen, beim Vollzug des Kernhaushaltes soll die antizyklische Wirkung, insbesondere auf die Investitionen verstärkt werden, wozu vor allem ein zeitliches Vorziehen von Ausgaben beitragen soll. Die Sperrungen auf dem Ressortwege sollen sofort rückwirkend aufgehoben werden.

In Konsequenz davon: Der BMF hat mit Schnellbrief vom 15. 4. 1967 die Mittel für Investitionen bis zu 100% der vom Haushaltsausschuß gebilligten Ansätze 1967 freigegeben; darüber hinaus weitere Erleichterungen: z. B. großzügige Handhabung der Zustimmung des BMF zum Beginn von Hochbaumaßnahmen und Investitionsvorhaben, die zu Vorausbelastungen führen; Ausgabereste für Investitionsmaßnahmen aus 1966 sollen zur Konjunkturbelebung freigegeben werden mit Deckung aus dem Gesamthaushalt; Erhöhung des Ermächtigungsrahmens für Betriebsmittelkredite im Haushaltsgesetz 1967, Einbringung als Initiativgesetz geplant.

3. Hat das Kabinett am 12. 4. beschlossen: Eine vorsorgliche Absicherung der Wachstums- und Stabilitätspolitik für die zweite Hälfte des Jahres 1967 erfordert neue Überlegungen. Der BMWi und BMF sind beauftragt worden, im Hinblick auf § 7 und in Verbindung mit § 3 Abs. 2 und 3 des Entwurfs des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft rechtzeitig alle geeigneten Vorbereitungen, insbesondere in bezug auf Sachobjekte der Ressorts zu treffen.

(Bis zum 31. 5. sollen die Schubladen-Projekte vorbereitet werden, dabei auch Rückgriff auf vergabereife Projekte, die im ersten Eventualhaushalt nicht berücksichtigt werden konnten, und auch auf Projekte aus dem ERP-Haushalt.)

4. Länder und Gemeinden sollten ihre Investitionsausgaben keinesfalls kürzen, sondern ebenfalls erhöhen und die Auftragsvergabe beschleunigen.

(Möglichst bald werden BMWi und BMF zu einer gemeinsamen Sitzung mit den Länder-, Finanz- und Wirtschaftsministerien einladen.)

Mit diesen Entscheidungen hat die Bundesregierung wichtige Vorschläge des Sachverständigenrates aus seinem März-Gutachten auf-

gegriffen. Kein Ja hat sie jedoch gesagt zu weitergehenden Anregungen wie

- Gewährung weiterer Sonderabschreibungen,
- sofortige Verwirklichung eines zweiten Eventualhaushaltes,
- befristete lineare Senkung der Einkommens- und Körperschaftsteuersätze.

Eine solche Steuersenkung – so sehr sie grundsätzlich auch als kurzfristig wirksames Instrument der Nachfragebelebung gelten muß, (Beispiel USA) – würde in der gegenwärtigen Lage aller Voraussicht nach weniger die Investitionsgüternachfrage als vielmehr die Konsumgüternachfrage erhöhen. Denn die Unternehmer würden die freiwerdenden Mittel voraussichtlich zum erheblichen Teil für die Konsolidierung und nicht für die dringend notwendige zusätzliche Investitionsnachfrage verwenden. Um den eigentlichen Konjunkturmotor, die unternehmerische Investitionstätigkeit, wieder rasch in Gang zu bringen, sind deswegen direkte Impulse durch staatliche Aufträge erfolversprechender. Und bevor wir das Zündungsaggregat des ersten zusätzlichen Investitionshaushaltes durch ein zweites womöglich stärkeres ergänzen, sollten wir jetzt beschleunigte Zündungswirkung des ersten Eventualhaushaltes abwarten. Dieses Abwarten ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Verzicht auf notwendige Vorsorge. Auch der Minimax-Feuerlöscher muß wieder aufgefüllt werden, wenn er ständig einsatzbereit sein soll.

Mit dieser Entscheidung vom 12. April 1967 hat die Bundesregierung ihre Position „dezent in der Mitte“ weiter eingehalten. Ihre Wirtschaftspolitik ist nach wie vor eine „Politik von Maß und Mitte“, die sich nicht provozieren läßt zu einem fatalen oder fatalistischen konjunkturpolitischen *laissez-faire*, die sich aber auf der anderen Seite auch stets der Grenzen des „Machbaren“ bewußt ist.

Diese Politik wendet sich gegen die Ideologie der „Null-Linie“ des Wachstums, wie sie von einem Verbandspräsidenten noch jüngst vertreten worden ist. Wer sich für längere Zeit auf der Null-Linie ansiedeln will, muß bedenken: eine Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von Null bedeutet: Positive Zuwachsraten haben die Dienstleistungen und drei bis vier Wachstumsindustrien, aber die gesamte übrige Industrie befindet sich in der Schrumpfung. Zu dieser Zielvorstellung sage ich: Nein. Unsere Politik steht aber auch konträr zur Ideologie der naturgesetzlich notwendigen Baisse; und sie akzeptiert auch nicht die

Brillen-Perspektive, die die Konzertierte Aktion in das Reich der Fata Morgana versetzen möchte. Wer durch diese Brille sieht und von der Konzertierte Aktion behauptet, sie habe „noch keinerlei Harmonie“ nach sich gezogen, der hat einen nicht korrigierten Sehfehler. Denn die schlichte Wahrheit lautet: Alle Lohnabschlüsse dieses Jahres liegen bewiesenermaßen im Rahmen der gemeinsam in der Konzertierte Aktion erarbeiteten Orientierungsdaten.

Wenn auch mit einem – noch vor Monaten von manchem Kritiker prophezeiten – „Raketenstart“ der Konjunktur im Sinne einer „unkontrollierten Expansion“ kaum zu rechnen ist, so braucht die Politik der Konjunkturaneignung doch unverzichtbar die Abstimmung und den Zusammenklang mit den Entscheidungen der großen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen. Nur wer die Preis-Lohn-Preis-Spirale, wie gehabt, weiter haben will, kann sein Nein zur Konzertierte Aktion sagen. Ich sage mit aller Deutlichkeit: diejenigen, die heute für Schrumpfung und à la baisse reden, das sind die Inflationisten des nächsten Booms!

Aber vielleicht sollten wir so manches öffentliche Störmanöver der letzten Wochen nicht so ernst nehmen. Die Beteiligten haben ein bewußtes und klares Ja gesagt zur Konzertierte Aktion, und sie haben dieses Ja durch ihre Entscheidung bisher bestätigt. Das allein ist entscheidend und nicht das Ritual des Kampfgetöses. Hinter den homerischen Schlachtgesängen, bei denen mancher Held der Ilias noch hätte lernen können, steht doch in Wirklichkeit das Wissen, daß man zusammenarbeiten muß. Die Bedingungen unserer heutigen Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht mehr die gleichen wie früher. Das weiß man zumeist sehr wohl, und doch hinkt der Stil der Auseinandersetzungen noch oft hinter diesem Bewußtsein her. Nur so sind so manche Reden und Veröffentlichungen der letzten Zeit zu verstehen: als Spätprodukte der Überhitzungsphase. Die Maßhalteappelle meines Amtsvorgängers, der 14 Jahre mein Ministerium führte, waren auf die damalige Gegenwart orientiert. Wenn aber ein anderer heute von Hagen bis zum Anlaß der Preisverleihung durch einen angesehenen Verband ständig anti-dolce-vita-Reden führt, so muß der sich zweierlei sagen lassen:

1. Treuer Freund: politisch schlagen Sie dauernd auf die Bundesregierung der Jahre 1965/66 ein

2. und konjunkturpolitisch sind Ihre Reden überholt. Diese Ihre Reden wirken nicht antizyklisch, sondern prozyklisch.

Die time-lags bei manchen Rednern sind halt sehr groß.

Wie gesagt: ich überbewerte das Vordergrundtheater der homerischen Schlachtgesänge keineswegs. Nach dem Grundsatz der freien Konsumwahl konnte sich auch jeder von den am 21. April im Gürzenich gehaltenen Reden aussuchen, was denn nun für oder was gegen die amtliche Bundeswirtschaftspolitik gerichtet war. Diese Auswahl steht wohl jedem Zuhörer frei. Ich halte es mit den Sätzen,

1. die die rezessive Lage jetzt schonungslos geschildert haben,
2. die die Haltung der Gewerkschaften zur Konzertierte(n) Aktion fair gewürdigt haben und
3. ex cathedra die Wirtschaftspolitik als vom ganzen Kabinett getragene „Politik aus einem Guß“ dargestellt haben.

Aber ich füge hinzu: Kleine temperamentvolle Ausrutscher in freier Rede, wo man dann nachher sagt: „Sie nehmen die kleine Frozelei wohl nicht übel“, sowas kann immer passieren, das ist erledigt. Aber ich füge mit aller Offenheit hinzu: Solche kleinen Schlenker können wir Sozialdemokraten auch machen, obgleich wir es sehr ernst mit der Disziplin und der Zucht halten.

Noch ein kurzes Wort zu der anderen notwendigen Absicherung, die der Sachverständigenrat vor allem in seinem Jahresgutachten eingehend behandelt hat, der Absicherung gegenüber außenwirtschaftlichen Gefährdungen. Dieses Problem, das ohne Zweifel eine zentrale Frage jeder langfristigen Stabilitätspolitik ist, kann ja nicht einfach durch Schweigen aus der Welt geschafft werden. Es gibt zwar keinen Anlaß für eine aktuelle Sorge in diesem Bereich – die gegenwärtige Überschußentwicklung ist ja vor allem auf der Einfuhrseite der Reflex der Binnenkonjunktur –, aber wir müssen für künftige Möglichkeiten gerüstet sein.

Die Bundesregierung wird die Frage, wie ein einzelnes Land sich ohne Verzicht auf Konvertibilität gegen stabilitätsgefährdende Einflüsse von außen schützen kann, mit großem Ernst und mit allem Nachdruck in den internationalen Gremien zur Diskussion stellen. Sie hält dabei – in Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat – eine internationale Stabilitätspolitik, d. h. eine internationale Koordinierung der Wirtschaftspolitik in Richtung auf einen „gehärteten“ Devisenstandard, für die beste Lösung. Wir sollten nicht verkennen, daß es auf diesem

dornenvollen Feld einige beträchtliche Fortschritte gegeben hat. Das Stabilitätsziel hat in vielen Ländern eine höhere Einschätzung als bisher gefunden; und die EWG-Finanzministerkonferenz in der vergangenen Woche in München hat deutlich gemacht, daß es auch in der aktuellen internationalen Diskussion um die Kernfrage geht: Expansion ohne Inflation.

(In Deutschland beträgt die Preissteigerungsrate für den Konsumenten derzeit (März) 2%. Wir rechnen, daß diese Rate für den Durchschnitt des Jahres sogar unterschritten wird. Der Preisanstieg im Durchschnitt dieses Jahres würde mithin erheblich schwächer sein als 1966, als er 3,5% betrug).

Ich darf Ihnen aufzählen, was wir in den letzten 4 Monaten an administrativen Preiserhöhungen im BMWi auf eigene Weise verhindert haben. —

Die Bundesregierung hat mit ihren Entscheidungen vom 19. Januar und vom 12. April 1967 neue Daten gesetzt für einen „Aufschwung nach Maß“. Die beschleunigte Vergabe und das Vorziehen von Investitionsausgaben werden hoffentlich bald dazu führen, daß das Schwungrad der Konjunktur sich wieder dreht. Damit sind neue Zeichen gegeben für ein baldiges Verlassen der Talsohle. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es jetzt, bald die Phase der „Expansion in Stabilität“ zu erreichen; und zwar

- ohne den Unterschwing einer echten Rezession, aber auch
- ohne eine Wiederholung der Preis-Lohn-Preis-Schaukel der Vergangenheit.

Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortlichen. Wir haben — wie es dem freiheitlichen Rechtsstaat und der mündigen Gesellschaft entspricht — die Verantwortung auf viele Schultern verteilt. Aber Autonomie heißt nicht Partikularismus und Separatismus, sondern eigenverantwortliches Handeln in dem gemeinsamen Sachzwang der ökonomischen und gesellschaftlichen Interdependenzen. Die soziale Symmetrie ist kein Versprechen, kein Termingeschäft, sie ist auch der Ausdruck dafür, daß alle Autonomien letztlich gesamtwirtschaftlich gebunden sind. Soziale Symmetrie ist der Grundsatz einer Politik, die der zweiten Phase der sozialen Marktwirtschaft entspricht. Für das autonome, in der Sache aber gemeinsame Handeln haben die Gutachten des Sachverständigenrates eine wichtige und willkommene Informationshilfe geleistet. Unabhängige und sachverständige Ana-

lysen sind heute eine unentbehrliche Voraussetzung für die Entwicklung jeder rationalen Wirtschaftspolitik.

Politisches Handeln unterliegt zwar nicht selten anderen Gesetzen als der Ratschlag der wissenschaftlichen Gutachten.

Die gegenwärtige intensive wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland und auch in weiten Teilen des westlichen Auslands ist aber ein Indiz dafür, daß die Entscheidungen nicht mehr allein der Intuition oder dem viel zitierten Charisma der Politiker überlassen bleiben dürfen.

Politik und insbesondere Wirtschaftspolitik ist heute eine Aufgabe, die eine Kombination von permanenter Information und detailliertem Sachverstand mit intellektueller Redlichkeit und der politischen Kraft zu klaren Entscheidungen fordert.

Um vor dieser ständigen Herausforderung bestehen zu können, brauchen wir in der Politik, ja braucht unsere Gesellschaft die ständige Hilfe und Anregung der Sachverständigen.

Das bringt naturgemäß auch in der Sprache und in der Methode manche neuen Stilelemente mit sich. Zu diesem Stilwandel habe ich in den letzten Wochen ein interessantes Zitat gefunden, das ich Ihnen nicht vorenthalten möchte:

„Das (gemeint sind die neuen Stilelemente) äußert sich zunächst einmal in der Sprache, die sich zur Verständlichmachung der Absichten plastischer Begriffe aus anderen Bereichen bedient. Dahinter steht das Streben geschulter Nationalökonomien, die Dynamik der ökonomischen Zusammenhänge geistig in einen festen Griff zu bekommen. Diese Denkrichtung der offiziellen Wirtschaftspolitik erfordert auch von den Vertretern wirtschaftspolitischer Interessen eine Anpassung und das unablässige Bemühen, in die theoretisch und geistig so geschlossen wirkende Vorstellungswelt auch die Dynamik der praktischen Wirtschaftserfahrungen einzubringen. Hier entsteht eine wichtige Aufgabe für die Verbände und ganz allgemein für das industrielle Unternehmertum, auf diesen neuen Stil der Sprache und Methode einzugehen und mit ihm zu argumentieren.“

Ich kann hierzu nur sagen: So sei es. Geschrieben steht das Zitat aber im neuen Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie auf Seite 23.

Ich darf Ihnen noch ein weiteres sehr erfreuliches Zitat aus der Unternehmerwelt geben. Der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft

der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Herr Dr. Coenen, hat anlässlich der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft in Berlin am 21. 4. 1967 gesagt:

„Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der neuen Bundesregierung sind in der breiten Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten sehr eingehend erörtert worden. Sie werden durch die Schlagworte eines „Konjunkturaufschwungs nach Maß“ sowie einer „kontrollierten Expansion“ charakterisiert.

Nüchtern betrachtet stellt sich dies als die Weiterentwicklung der bisherigen ad-hoc-Konjunktur- und Wachstumspolitik zu einer längerfristigen Wirtschafts- und Finanzpolitik dar. Dabei spielen die Mittel der modernen volkswirtschaftlichen Globalsteuerung und der sog. Niveauplanung eine besondere Rolle . . .

Es besteht kein Zweifel, daß eine derartige Modernisierung der Wirtschaftspolitik in unseren Tagen nicht nur zwingend notwendig, sondern auch dem System der marktwirtschaftlichen Ordnung durchaus angepaßt ist. Die neuen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung können daher bei konsequenter Verwirklichung Anerkennung finden. Sie bieten die Voraussetzungen einer weitgehend störungsfreien wirtschaftlichen Entwicklung. Auf sie ist jedwede zukunftsbezogene und erfolgsversprechende Unternehmenspolitik angewiesen.“
Soweit das Zitat.

Richten wir also unsere Blicke auf Gegenwart und Zukunft. Unsere Aufgabe besteht konjunkturpolitisch seit dem 1. Dezember in dreierlei: Aufklären, Überzeugen, Handeln. Dieses Hohe Haus hat uns in allen drei Angelegenheiten großzügig geholfen. Helfen Sie uns in Zukunft weiter, z. B. durch die baldige Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Mit dieser Hilfe wird das Jahr 1967 trotz allem ein Jahr der konjunkturpolitischen Wende werden.